Auf dem Höhepunkt der Macht

SP Der Wähleranteil der Berner SP ist in den letzten acht Jahren auf unter 20 Prozent gefallen. Trotzdem ist sie eine mächtige, wenn nicht die zurzeit mächtigste Partei im Kanton.

Noch in den Siebzigerjahren wählten mehr als 30 Prozent der Bernerinnen und Berner sozialdemokratisch. Dann kamen die Grünen auf, und rund ein Drittel der Wählerschaft wanderte ab. In der Folge erreichten die beiden Parteien zusammen nach wie vor 30 Prozent, im Jahr 2003 sogar über 37 Prozent. Die SP allein hatte damals mit 27,9 Prozent ihren letzten Höhenflug. 2007 landete sie bei 21,2 Prozent, und vor vier Jahren ging es mit 19,3 Prozent erstmals unter die 20-Prozent-Marke. Von den 360 000 Wählenden im Jahr 2011 entschieden sich rund 70 000 für die SP und etwa halb so viele für die Grünen.

Während die SP ihren Zenit bei Parlamentswahlen überschritten zu haben scheint, ist sie politisch

WAHLEN
2015

so einflussreich wie nie. Zwar gebärdet sie sich zuweilen immer noch wie eine aus der Minderheit kämpfende Oppositionspartei. In Tat und Wahrheit aber ist sie im Machtgefüge fest etabliert. Sie versteht es, die Leaderrolle im etwas wankelmütigen, aber in den zentralen Fragen funktionierenden Mitte-links-Bündnis zu spielen, das seit 2007 auch die Zusammensetzung des Bundesrats bestimmt. Kern ihrer Stärke ist das seit Jahren stabile Bündnis mit den Grünen, das dafür sorgt, dass die Linke als homogener Block gegen die zerstrittene Rechte antreten und Mehrheiten mit der nach links neigenden «Mitte» erzielen kann.

Gute Aussichten für Bisherige

Bei der Berner SP kommt eine zweite Stärke hinzu: Wohl keine andere Schweizer Partei verfügt derzeit über so viel weibliches Spitzenpersonal. Angefangen bei Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga über Barbara Egger, dominierende Figur in der Berner Regierung, bis zu Ursula Wyss und Evi Allemann, die auf bestem Weg sind, weitere wichtige Regierungsämter im Kanton zu erobern.

Inhaltlich positioniert sich die SP mit dem Kampf für bezahlbaren Wohnraum, höhere Löhne und die Sicherung der Renten. Sie will verhindern, dass sich die Vermögensschere weiter öffnet, wendet sich gegen Sozialabbau ebenso wie gegen eine Abschottung der Schweiz gegenüber Europa. Ihre aktuelle Sechserdeputation im Nationalrat politisiert zu zwei Dritteln eher im rechten, pragmatischeren Parteiflügel. Alexander Tschäppät, Nadine Masshardt, Evi Allemann und Matthias Aebischer weisen im Parlamentarierrating der «Neuen Zürcher Zeitung» Werte von –7,2 und –7,1 auf. Klar weiter links stehen Margret Kiener Nellen mit –8,6 und Corrado Pardini mit –8,1. Insgesamt reicht die Bandbreite der SP-Fraktion von –9,1 (Susanne Leutenegger Oberholzer) bis –5,7 (Daniel Jositsch).

Jetzt steht die Berner SP vor der Herausforderung, ihre 6 Nationalratssitze zum dritten Mal in Folge zu verteidigen, obwohl der Kanton dieses Jahr nur noch 25 statt 26 Sitze besetzen kann. Alle Bisherigen treten mit guten Aussichten wieder an, auch weil die interne Konkurrenz durch bekannte Köpfe nicht allzu gross ist. Zittern müssen Margret Kiener Nellen, die wegen steuerlicher Manöver unter Beschuss geraten ist, und Alexander Tschäppät, der zwar in seiner Stadt Bern der König, in vielen Landgemeinden aber eine Reizfigur ist. Mindestens eine interne Konkurrentin dürfte den Bisherigen gefährlich werden: Flavia Wasserfallen, Generalsekretärin der SP Schweiz, erreichte schon vor vier Jahren ein gutes Resultat. Auch Kantonalpräsidentin Ursula Marti und der Oberaargauer Adrian Wüthrich, der als Gewerkschafter Karriere macht, könnten geringe Chancen haben.

> Die SP versteht es, die Leaderrolle im etwas wankelmütigen, aber in den zentralen Fragen funktionierenden Mitte-links-Bündnis zu spielen.

Die grosse Telefonaktion

Wie wichtig die bevorstehende Wahl für die SP ist, zeigt auch ihr Wahlkampfbudget. Mit 400 000 Franken bestreitet sie – zumindest aufgrund der Selbstdeklaration der Parteien – den teuersten Wahlkampf. Ein beträchtlicher Teil der Mittel fliesst dabei in ein Instrument, das die Sozialdemokraten aus den USA importieren. Die Partei hat für den Wahlkampf acht «Campaigner» angestellt. Sie bereiten eine grosse Telefonaktion vor, mit der an den letzten drei Samstagen vor den Wahlen insgesamt 20 000 Personen aus dem Kreis der SP-Sympathisanten angerufen und zum Wählen animiert werden sollen. Parteisekretär David Stampfli dämpft zu hohe Erwartungen an dieses bereits in einigen Kantonen erprobte Instrument, geht aber davon aus, dass es bis zu ein Prozent Wähleranteil bringen kann. Das Wahlziel der Berner SP liegt bei 21 Prozent, was einer Steigerung um 1,7 Prozent gegenüber 2011 entspricht.

Ehrenkodex für fairen Kampf

Beim Besuch im SP-Sekretariat im Gewerkschaftshaus an der Monbijoustrasse herrscht hektische Betriebsamkeit. Die Parteizentrale beschäftigt normalerweise fünf Personen mit insgesamt 350 Stellenprozenten, zurzeit sind es mit einem zusätzlichen Praktikanten und den «Campaignern» aber deutlich mehr professionelle Wahlkämpfer. Die Kandidierenden der SP müssen einen Ehrenkodex unterschreiben, der sie nicht auf politische Inhalte, aber auf einen fairen Wahlkampf verpflichtet. Zudem unterschreiben die Kandidierenden, dass sie 5 Prozent ihres persönlichen Wahlkampfbudgets an die Partei abgeben, 500 Franken für die Kandidatur und 5000 Franken im Fall einer Wahl bezahlen. Später leisten SP-Nationalräte eine jährliche Mandatsabgabe von 3500 Franken.

Michael Hug

STECKBRIEF

Die SP des Kantons Bern

Gründungsjahr:	1888
Aktive Mitglieder:	6400
Sektionen:	140
Wähleranteil 2011:	19,3%
Sitze im Nationalrat:	6
Sitze im Grossen Rat:	33
Gemeindepräsidien:	30
Parteisekretariat:	350 Stellenprozent (5 Personen)

Beiträge für Spitäler genehmigt

GROSSER RAT Insgesamt rund 300 Millionen Franken hat das Kantonsparlament gestern für zusätzliche Gelder an Spitäler genehmigt.

Es gibt Kosten, welche die Spitäler nicht über die Tarife der Krankenkassen vergütet bekommen. Der Kanton kann deshalb weitere Beiträge gewähren, welche in der Regel alle vier Jahre über einen Rahmenkredit gesprochen werden. Dazu gehören Beiträge für Modellvorhaben oder medizinische Innovationen, Ausgaben für die ärztliche Weiterbildung und Gelder für zusätzliche Leistungen, die für die Versorgungssicherheit nötig sind. Gestern nun hat der Grosse Rat dieses Kredit einstimmig bei vier Enthaltungen für die Leistungen in den nächsten vier Jahren insgesamt rund 300 Millionen Franken gesprochen. Die jährlichen Beiträge bewegen sich zwischen 75,9 und 76,4 Millionen Franken.

Für Diskussionen sorgte hingegen eine Motion von Jonas Sperisen (SVP, Zweisimmen). Sie hatte gefordert, dass der Regierungsrat aufdeckt, wohin diese Gelder in den letzten vier Jahren für welchen Zweck geflossen sind. Darauf der Regierungsrat in der Vernehmlassung teilweise und beantragte, die Motion damit als abgeschrieben zu erklären. Sperisen war damit nicht einverstanden. Er störte sich daran, dass zum Beispiel die Abrechnungen von 2014 noch nicht vorlagen. Der Grosse Rat fand jedoch, die Gesundheits- und Fürsorgedirektion habe ihre Schuldigkeit getan, und schrieb die Motion mit 104 zu 41 Stimmen ab. *sur*

Numerus clausus unter Beschuss

MEDIZIN Der Regierungsrat soll prüfen, wie er den Mangel an Hausärzten beheben kann. Dabei soll er auch den Numerus clausus unter die Lupe nehmen, findet der Grosse Rat.

Zwei Ärzte, zwei Meinungen. Während Hans-Peter Kohler (FDP, Spiegel bei Bern) im Numerus clausus eine überflüssige Zusammenschränkung zum Medizinstudium sieht, hält Franziska Schöni-Affolter (GLP, Bremgarten) ihn für einen wichtigen Eignungstest. Entsprechend kämpften die beiden Mediziner gestern im Grossen Rat an entgegengesetzten Fronten.

Kohler wollte mit einem Vorstoss den Regierungsrat damit beauftragen, neue Modelle der Ärzteausbildung auszuarbeiten, die dem Hausärztemangel entgegenwirken. Auch den Numerus clausus wollte der Regierungsrat dabei unter die Lupe nehmen. Kohler kann sich etwa vorstellen, Studienplätze für künftige Hausärzte zu reservieren und diese vom Numerus clausus zu befreien. Die Universitäten Lausanne und Genf etwa würden bereits heute ohne Numerus clausus funktionieren.

«Zu wenig Raum»

«Wir werden nicht mehr Hausärzte haben, wenn der Numerus clausus fällt», hielt Schöni-Affolter dem entgegen. Eine Ausbildung zum Arzt sei teuer, ihre Ausbildung habe etwa eine halbe Million Franken gekostet. Deshalb sei es wichtig, dass nur Leute diesen Studium antreten, die dafür geeignet seien. In Genf und Lausanne würden überdies in den ersten zwei Jahren viele Studierende unter einem «darwinistischen Selektionsdruck» das Studium wieder aufgeben.

«Im Ziel sind wir uns einig», hielt sozialisierte Regierungsrat Bernhard Pulver (Grüne). «Wir wollen mehr Mediziner ausbilden.» Den Fokus nun auf den Numerus clausus zu legen, führe in die Irre. Es sei erwiesen, dass jemand, der den Numerus clausus bestehe, gute Chancen habe durch das Medizinstudium zu kommen. Aber ob geeignete Mediziner ausgebildet werden könnten, hänge nicht vom Numerus clausus, sondern von den Ausbildungsplätzen ab. Deshalb habe die Universität Bern in den letzten zwei Jahren die Anzahl Ausbildungsplätze des ersten Studienjahres von ursprünglich 125 auf 220 gesteigert. Die Klinikplätze seien von 160 auf 240 erhöht worden.

Zurzeit werde darüber diskutiert, weitere 50 bis 100 Plätze zu schaffen. «Das Hauptproblem dabei ist der Raum. Wir suchen nun nach Lösungen auf dem Inselareal», so Pulver. Solange nicht mehr Raum zur Verfügung stehe, sei der Numerus clausus berechtigt.

Hans-Peter Kohler ist kritisch gegenüber dem Numerus clausus. Andrea Helder

Auf Bundesebene regeln

Etliche Votanten fanden mit dem Regierungsrat, dass für neue Ausbildungssysteme nicht kantonale Wege, sondern Lösungen auf Bundesebene das Richtige seien. Entsprechende Dokumente sind bereits im Gang. Der Bundesrat prüft zum Beispiel die Möglichkeit von zweckorientierten Mitteln über projektgebundene Beiträge.

Der Grosse Rat setzte gestern dennoch ein Zeichen dafür, dass er dem Hausärztemangel aktiv entgegentreten will. Er überwies Kohlers Vorstoss mit 102 zu 10 Stimmen in der abgeschwächten Form eines Postulats. Der Regierungsrat muss nun prüfen, ob neue Modelle zur Ärzteausbildung möglich wären. Und ob der Numerus clausus gerechtfertigt ist. *Sandra Rutschi*

In Kürze

GROSSER RAT

Impfen in Apotheke

Speziell ausgebildete Apotheker sollen ohne Arztrezept impfen dürfen. Dies hat der Grosse Rat gestern mit 130 zu 4 Stimmen bei 7 Enthaltungen beschlossen. Arzt Daniel Beutler (EDU, Gwatt) wurde dafür, dass Apotheker mit allergischen Reaktionen auf Impfungen überfordert sein könnten. Er fand aber keine Gehör bei der Ratsmehrheit. *sur*

FRIEDRICH DÜRRENMATT

Als Freilichtspiel

Hoch über dem Bielersee, dort, wo der Schweizer Schriftsteller Friedrich Dürrenmatt seinen Roman «Der Richter und sein Henker» schrieb, soll eine dramatisierte Version nächsten Sommer als Freilichtspiel aufgeführt werden. Ein speziell gegründeter Verein wird den Dürrenmatt-Klassiker in Scherwiler auf die Bühne bringen. *sdu*

ANZEIGE